

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Erlassung eines Gesetzes (Beilage 1316), mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird (Zahl 22 - 965) (Beilage 1375).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird, in ihrer 14. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 27.04.2022, beraten.

Landtagsabgeordneter Gerhard Bachmann wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Gerhard Bachmann einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vorliegende Gesetzentwurf unter Einbezug des vom Landtagsabgeordneten Gerhard Bachmann gestellten Abänderungsantrages ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Erlassung eines Gesetzes, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Gerhard Bachmann beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 27.04.2022

Der Berichterstatter:
Gerhard Bachmann eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 27. April 2022

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Gerhard Bachmann,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 965, welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz vom, mit dem das Burgenländische Jagdgesetz 2017 geändert wird

Der Landtag hat beschlossen:

Das Burgenländische Jagdgesetz 2017- Bgld. JagdG 2017, LGBl. Nr. 24/2017, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 13/2022, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 3 Abs. 10 wird folgender Satz angefügt:

„Wesentliche Aufgaben der Landesjägermeisterin oder des Landesjägermeisters sind die Koordination von übergeordneten jagdlichen Maßnahmen, die jagdfachliche Abstimmung der Abschussplanung und Trophäenbewertung zwischen den Jagdbezirken sowie die Organisation von Schulungs- und Informationsveranstaltungen.“

2. In § 32 Abs. 1 wird die Wortfolge „im vorletzten Halbjahr“ durch das Wort „in“ ersetzt.

3. In § 60 Abs. 1 Z 1 wird nach der Wortfolge „burgenländische Jagdkarte“ die Wortfolge „oder vorläufige Jagdkarte“ eingefügt.

4. In § 61 Abs. 7 werden nach dem ersten Satz folgende Sätze eingefügt:

„Sind die Voraussetzungen für die Ausstellung einer Jagdkarte erfüllt, hat die Bezirksverwaltungsbehörde eine vorläufige Jagdkarte auszustellen, die bis zur Zustellung der Jagdkarte, längstens aber auf die Dauer von 42 Tagen, gilt. Bei Vorliegen von wichtigen Gründen kann diese Frist um weitere 42 Tage verlängert werden. Die vorläufige Jagdkarte ist für die Dauer ihrer Gültigkeit der Jagdkarte in allen Rechten und Pflichten gleichgestellt.“

5. In § 67 Abs. 2 wird die Wortfolge „das Anbringen des Vermerkes“ durch die Wortfolge „den Vermerk“ ersetzt.

6. In § 67 Abs. 5 wird die Wortfolge „das Anbringen“ durch die Wortfolge „die Eintragung“ ersetzt.

7. In § 69 wird nach der Wortfolge „Vordrucke für die“ die Wortfolge „vorläufigen Jagdkarten,“ eingefügt.

8. § 73 Abs. 3 zweiter Satz lautet:

„Nach der Angelobung ist auf ihrer oder seiner Jagdkarte diese Bestätigung als Jagdschutzorgan zu vermerken, sowie ein Dienstabzeichen gegen Kostenersatz anzufügen.“

9. § 73 Abs. 4 lautet:

„(4) Die Landesregierung hat die näheren Bestimmungen über das Dienstabzeichen und die Angelobungsformel durch Verordnung zu regeln.“

10. § 73 Abs. 5 lautet:

„(5) Die bestätigten und angelobten Jagdschutzorgane sind verpflichtet, bei Ausübung ihres Dienstes das Dienstabzeichen sichtbar zu tragen und die Jagdkarte mit sich zu führen. Auf Verlangen, bei Gefahr in Verzug erst nach deren Beseitigung, hat sich das Jagdschutzorgan entsprechend auszuweisen.“

11. § 74 Abs. 4 lautet:

„(4) Bei jeglicher Beendigung der Tätigkeit des Jagdschutzorganes ist der Vermerk der Bestellung auf der Jagdkarte durch die Bezirksverwaltungsbehörde zu löschen. Das Dienstabzeichen ist vom Jagdschutzorgan unverzüglich der Bezirksverwaltungsbehörde vorzulegen.“

12. Dem § 170 wird folgender Abs. 22 angefügt:

„(22) In der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten in Kraft:

1. § 32 Abs. 1 mit dem der Kundmachung folgenden Tag,
2. § 60 Abs. 1, § 61 Abs. 7, § 67 Abs. 2 und 5, §§ 69, 73 Abs. 3, 4 und 5, § 74 Abs. 4 und § 171 Abs. 14 mit 1. Oktober 2022,
3. § 3 Abs. 10 mit 1. Jänner 2023.“

14. Dem § 171 wird folgender Abs. 14 angefügt:

„(14) Jagdkarten, Vermerke der Beizjagdprüfung und die Dienstaussweise der Jagdschutzorgane, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes, LGBl. Nr. xx/xxxx, ausgestellt wurden, behalten ihre Gültigkeit. Sofern jedoch eine Jagdkarte nach diesem Gesetz beantragt wird, ist die bisherige Jagdkarte zu entwerfen oder der Behörde zu retournieren. Erfolgen Änderungen bei der Bestellung von Jagdschutzorganen, sind diese Änderungen auf der Jagdkarte gemäß § 73 Abs. 3 einzutragen.“

Vorblatt

Problem:

Obwohl die Jagdverwaltung bereits in weiten Bereichen digitalisiert wurde, wird die Ausstellung der Jagdkarte noch so wie in den letzten Jahrzehnten gehandhabt: Die Jagdkarte wird immer noch auf Papier ausgehändigt und der Nachweis der Bezahlung der Jagdkarte erfolgt mittels Ausdrucks. Nun soll auch in diesem Bereich die Digitalisierung eingeleitet werden.

Lösung:

Mit einer Jagdkarte im Scheckkartenformat mit integriertem QR-Code wird es zukünftig möglich sein, die Gültigkeit der Jagdkarte und den Nachweis der Bestellung zum Jagdschutzorgan digital zu erbringen. Dazu ist es erforderlich, dass die gesetzlichen Bestimmungen angepasst und in weiterer Folge die dazugehörige Burgenländische Jagdkarten- und Jagdprüfungsverordnung, LGBl. Nr. 34/2017, in der Fassung der Verordnung LGBl. Nr. 49/2021, geändert wird.

Kosten:

Es ist mit keinen zusätzlichen Kosten zu rechnen, da die Jagdkarten von den Antragstellerinnen und Antragstellern beglichen werden.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Keine

Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Vorliegende Novelle hat keine Auswirkungen auf die Umwelt oder das Klima

Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer:

Die vorgeschlagenen Regelungen haben soweit ersichtlich weder direkt noch indirekt unterschiedliche Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Nachdem bereits die Abschusspläne und die jagdliche Verwaltung digitalisiert wurden, ist es naheliegend, die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen und auch im Bereich der Jagdkarten und Dienstausweise für die Jagdschutzorgane neue Wege zu gehen. So werden bereits die Jägerinnen und Jäger und die Funktionen in einem zentralen System erfasst und verwaltet. Nunmehr soll im Gegensatz zum bisherigen Papierformat die Jagdkarte zukünftig im Scheckkartenformat ausgegeben und darauf auch die Funktion des Jagdschutzorganes digital erfasst werden. So kann beispielsweise diese Funktion von der zuständigen Behörde einfach digital (bei Vorliegen der Voraussetzungen) geändert werden, ohne dass eine neue Bescheinigung ausgestellt werden muss. Die Kenntlichmachung gegenüber Dritten erfolgt weiterhin mittels Dienstabzeichens. Zudem wird es auch möglich sein, dass die Gültigkeit der Jagdkarte digital mittels QR-Codes festgestellt werden kann, sodass ein Mitführen einer Zahlungsbestätigung nicht mehr erforderlich ist.

Besonderer Teil

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Z 1 (§ 3 Abs. 10):

Mit der Konkretisierung der Aufgaben soll der Tätigkeitsbereich der Landesjägermeisterin oder des Landesjägermeisters näher konkretisiert werden. Zusätzlich zu den bereits ab 1. Jänner 2023 gesetzlich vorgesehenen Aufgaben wird die Koordination von übergeordneten jagdlichen Maßnahmen, die jagdfachliche Abstimmung der Abschussplanung und Trophäenbewertung zwischen den Jagdbezirken sowie die Organisation von Schulungs- und Informationsveranstaltungen ausdrücklich aufgenommen.

Zu Z 2 (§ 32):

Mit dieser Änderung erfolgt die Anpassung an die §§ 36 und 38, die bereits in der vorangegangenen Novelle überarbeitet wurden.

Zu Z 3 bis 4 (§ 60 Abs. 1 und § 61 Abs. 7):

Mit der Einführung der vorläufigen Jagdkarte wird gewährleistet, dass bei Ausstellung einer Jagdkarte im Scheckkartenformat auch während des Druckes, der sich über einen Zeitraum von bis zu 42 Tagen hinziehen kann, die Jagd möglich ist. Die vorläufige Jagdkarte hat eine Befristung und ist maximal in diesem Zeitraum gültig. Als wichtige Gründe werden insbesondere Probleme auf dem Postweg oder technische Probleme bei der Erstellung gelten. Klar gestellt wird mit dieser Bestimmung auch, dass die vorläufige Jagdkarte verweigert oder entzogen werden kann.

Zu Z 5 und 6 (§ 67 Abs. 2 und 5):

Bisher wurde der Vermerk über die Berechtigung zur Ausübung der Beizjagd auf der Jagdkarte angebracht. Nunmehr wird diese Berechtigung auf der Jagdkarte gespeichert und ist mittels QR-Codes ersichtlich.

Zu Z 7 (§ 69)

Die Änderung wurde erforderlich, damit auch das Muster der vorläufigen Jagdkarte verordnet werden kann.

Zu Z 8 bis 10 (§ 73 Abs. 3, 4 und 5):

Da die Funktion als Jagdschutzorgan nunmehr auf der Jagdkarte gespeichert und mittels QR-Codes ersichtlich gemacht wird, war die Änderung erforderlich. Ein zusätzlicher Dienstausweis ist damit nicht erforderlich. Abs. 4 ist enthält die Verordnungsermächtigung.

Zu Z 11 (§ 74 Abs. 4):

Der Bezirksverwaltungsbehörde obliegt die digitale Eintragung und Löschung in der Jagdkarte. Da der Nachweis nur gemeinsam mit dem Eintrag in der Jagdkarte und dem Dienstabzeichen erfolgen kann, kann sich eine Person auch ab der Löschung nicht mehr rechtmäßig als Jagdschutzorgan ausweisen.

Zu Z 12 (§ 170 Abs. 22):

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten: Während die bloße Angleichung des § 32 Abs. 1 hinsichtlich des Zeitpunktes bereits mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft treten soll, treten die übrigen Änderungen mit 1. Oktober 2022 in Kraft. Lediglich für die Ergänzung in § 3 Abs. 10 ist ein Inkrafttreten mit 1. Jänner 2023 vorzusehen, weil die Landesjägermeister erst nach Ende des Burgenländischen Landesjagdverbandes gesetzlich vorgesehen sind.

Zu Z 13 (§ 171 Abs. 14):

Damit zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle bestehende Jagdkarten und Dienstausweise bzw. Vermerke über Beizjagdberechtigungen nicht ihre Gültigkeit verlieren, ist diese Bestimmung erforderlich. Die Ausstellung von Jagdkarten in Papierformat und Dienstausweisen für Jagdschutzorgane ist ab Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr möglich. Sofern jedoch eine Jagdkarte nach diesem Gesetz beantragt wird, ist die bisherige Jagdkarte

zu entwerten oder der Behörde zu retournieren um die theoretisch mögliche doppelte Verwendung von alter und neuer Karte zu vermeiden.